

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 3/4

März/April 1991

5 Schilling

Für den Frieden ist kein Einsatz zu hoch

Der Golfkrieg ist vorüber, der Aggressor Saddam Hussein ist schwer geschlagen und aus Kuwait vertrieben worden. Der Waffenstillstand legt dem irakischen Diktator die Vernichtung seines Angriffswaffenpotentials und die Zahlung von Schadenersatzleistungen an Kuwait auf, die auf Iraks Wirtschaft noch lange lasten wird. Darüber hinaus muß sich der Irak verpflichten, die Grenze gegenüber Kuwait zu achten, worüber eine UNO-Truppe wachen soll. Die Weltgemeinschaft kann sich ob dieses Erfolgs gegenüber einem Aggressor aber keineswegs zufrieden zurücklehnen, denn nach dem Krieg sind die Probleme in dieser Region noch weit weniger gelöst als zuvor. Das Schicksal der Kurden, aber auch der Palästinenser steht symbolisch für die ungelösten Probleme des Mittleren Ostens.

Wieder einmal zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß der Krieg keine Probleme löst, sondern nur neue schafft. Noch war nicht genau bekannt, welche Opfer der Golfkrieg der irakischen Zivilbevölkerung auferlegte, als im Irak der Bürgerkrieg ausbrach. Zunächst glaubten die schiitischen Fundamentalisten, ihre Chance sei gekommen, das Regime Saddam Husseins zu stürzen und ein theokratisches Regime nach Vorbild des Iran aufzubauen. Dem Diktator waren aber noch genug Waffen geblieben, um den Aufstand der Schiiten gegen ihn blutig niederzuschlagen. Die USA, die Führungsmacht der internationalen Militärkoalition gegen den Irak, schaute zu und ließ Saddam gewähren: Ein Schiitenregime in Bagdad liegt weder im Interesse von Iraks Nachbarn Saudi-Arabien und Kuwait noch im Interesse der USA.

Dann waren es die Kurden, die sich aufgerufen fühlten, Rache an Saddam Hussein zu nehmen, der die kurdische Bevölkerung mit Giftgas hinhinrichten ließ. Die Vision des freien Kurdistan, das dem auf die Türkei, den Iran, den Irak und die Sowjetunion aufgeteilten Volk endlich die Freiheit geben soll, beflügelte den Aufstand der Kurden gegen den irakischen Diktator. Aber Saddam Hussein ließ den Kurdenaufstand grausam und blutig zusammenschlagen. Die Kurden mußten wieder einmal ihr Heil in der Flucht suchen. Die Türkei freilich, Verbündeter der USA gegen Saddam Hussein, anerkennt die Kurden nicht einmal als Volk, nennt sie die „Bergtürken“ und verweigert ihnen die Grundrechte der Verwendung der eigenen

Sprache. Die Weltöffentlichkeit erschrak über das Schicksal der Kurden, viel mehr als verbaler Protest war aber nicht zu vernehmen. Die UNO erwies sich als hilflos gegenüber dem Massaker an den Kurden, die USA zeigten sich besorgt, aber nicht daran interessiert, der kurdischen Bevölkerung wirksam zu helfen.

Zu den Opfern des Golfkrieges zählen aber auch die Palästinenser, die nun zwischen allen Sesseln sitzen. In Kuwait, wo sehr viele von ihnen als Gastarbeiter tätig waren, werden sie der Kollaboration mit Saddam Hussein verdächtigt, und auch in Israel hat sich das Mißtrauen gegen sie verstärkt. Die „Intifada“, der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten, wird fortgeführt werden, und Israel wird mit der üblichen militärischen Härte reagieren. Jasser Arafat hat mit seiner Unterstützung für Saddam Hussein an Glaubwürdigkeit verloren und damit eine Nahostlösung nicht einfacher gemacht.

Die Lage im Mittleren und Nahen Osten ist also nach dem Golfkrieg verworrener als vorher. Es zeigt sich, daß die USA ohne politisches Konzept in diesen Konflikt gegangen sind und ohne tiefere Einsicht in die Besonderheiten dieser Region. Die Blindheit, die schon vor dem 2. August 1990 gegenüber dem Irak herrschte, sie zeichnet die USA weiter aus. Im Rückblick zeigt sich, daß der Krieg verhindert hätte werden können. Pierre Salinger, ehemals Sprecher des Weißen Hauses unter Präsident John F. Kennedy, jetzt Chefkorrespondent der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC für Europa und den Nahen Osten, der gemeinsam mit dem



Heute wie vor 100 Jahren: Am 1. Mai für Freiheit und Frieden.

französischen Journalisten Eric Laurent das lesenswerte Buch „Krieg am Golf“ (Hanser Verlag) geschrieben hat, wird darin mit dem Satz zitiert: „Ja, man kann sagen, daß die Amerikaner nichts getan haben, um den Konflikt zu verhindern, im Gegenteil.“

Nun wäre es an der Zeit, eine wahrhaft neue Friedensordnung im Nahen Osten aufzubauen. Die weltpolitischen Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht, wie das Zusammenwirken der Supermächte USA und UdSSR im Sicherheitsrat der UNO zeigt. Freilich bedingt eine neue Friedensordnung auch durchgreifende Reformen in den Scheichtümern der Region: Die Herrschaft der Könige, Emire und Scheichs müßte endlich auf eine demokratische Grundlage gestellt werden. Der Ölreichtum dieser Länder müßte für die Entwicklung der gesamten Region zur Verfügung gestellt werden. Und natürlich müßte die arabische Welt das Lebensrecht Israels anerkennen ohne irgendwelche Vorbedingungen. Israel müßte sich seinerseits zur Zusammenarbeit





Herr Dr. Waldheim, es ist Zeit zu gehen!

Ein Jahr vor der Bundespräsidentenwahl hat die Diskussion über mögliche Kandidaten der Parteien begonnen. Aber noch sitzt Dr. Kurt Waldheim in der Hofburg und denkt darüber nach, ob er noch einmal für das höchste Amt im Staat kandidieren soll. Der Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider scheint ihn zu einer neuerlichen Kandidatur ermuntert zu haben. Waldheim gab der FPÖ die Ehre, bei der Feier ihres 35jährigen Bestehens zu sprechen, unmittelbar darauf begab sich Haider zum Bundespräsidenten in die Hofburg. Haider's FPÖ sieht offenbar in weiteren sechs Jahren Waldheim eine politische Chance. Ein politisches Zweckbündnis Waldheim-Haider erscheint nicht unmöglich. Österreich sollte jedenfalls gewarnt sein.

Tatsächlich wäre es jetzt für Dr. Waldheim an der Zeit zu gehen. Sechs Jahre internationale Isolierung sollten reichen. Österreich braucht wieder einen herzeigbaren Bundespräsidenten, für den sich kein Demokrat genieren muß. Österreich braucht einen Bundespräsidenten, der keinen Abschnitt seines Lebens verstecken muß. Daher sagen wir Sozialistischen Freiheitskämpfer: **Herr Dr. Waldheim, es ist Zeit zu gehen.**

Als Gedächtnisstütze drucken wir im folgenden die Rede ab, die unser Genosse **Josef Hindels** beim Wiener Landesparteitag 1987 gehalten hat. Be-

kanntlich wurde von diesem Landesparteitag eine vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, von der Sozialistischen Jugend, vom Verband Sozialistischer Studenten und von der Jungen Generation eingebrachte Resolution mit Mehrheit angenommen, in der der Rücktritt von Bundespräsident Waldheim als unerlässlich bezeichnet wurde. Im Anschluß daran veröffentlichten wir einen Auszug aus der Rede des Genossen Hindels vor dem Wiener Landesparteitag 1988, in der er auf die Arbeit der Historikerkommission einging.

„Eine furchtbare Belastung für Österreich“

Genossinnen und Genossen, ich glaube, die größte Gefahr, die unserer Partei droht, ist der Verlust der sozialistischen Gesinnung. Die Sozialistische Partei ist groß und stark geworden und hat den Kampf gegen zwei faschistische Diktaturen geführt als Gesinnungsgemeinschaft. Und wenn wir auf diese sozialistische Gesinnung immer mehr verzichten, dann hören wir auf, eine Kampfpartei des Sozialismus zu sein. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, das gilt nicht nur für die so wichtige Frage Verstaatlichung – Reprivatisierung, sondern es gilt auch für den Kampf gegen die immer größer werdende Gefahr von rechts. Manche von euch, Genossinnen und Genossen, sind schon auf vielen Landesparteitagen gewesen. Sie werden sich erinnern, daß es keinen Landesparteitag in den letzten Jahren gegeben hat, wo nicht Anträge gestellt wurden für den Kampf gegen den Neo-

nazismus und wo diese Anträge nicht auch beschlossen wurden. Aber heute müssen wir feststellen, und das ist auch aus den Begrüßungsreden von Sinowatz und Vranitzky hervorgegangen und auch aus dem Bericht des Genossen Gratz, daß die Gefahr von rechts größer denn je ist. Wir haben es vor kurzem erlebt. Deshalb glaube ich, daß man die Frage Waldheim nicht isoliert betrachten darf. Wir haben es vor kurzem erlebt, daß sich in Österreich die Ritterkreuzträger getroffen haben, um sich stolz dazu zu bekennen, wie tapfer sie im Krieg Hitlers gewesen sind. Was sie alles geleistet haben, um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs zu verhindern. Und, Genossinnen und Genossen, der Fall Waldheim ist meiner Ansicht nach eine Folge dieser Rechtsentwicklung, die seit längerem vor sich geht. **Kurt Waldheim, das dürfte heute unbestritten sein, ist eine furchtbare Belastung für Österreich.** Aber, Genossinnen und Genossen, so sehr wir als Österreicher, und wir österreichischen Sozialisten haben uns immer zu einem österreichischen Patriotismus bekannt, so sehr wir österreichischen Sozialisten entsetzt sind über das, was uns Waldheim im Ausland angetan hat, über die Rufschädigung, die wir ihm verdanken, so darf man doch nicht übersehen, welche Rolle Waldheim in Österreich spielt. **Kurt Waldheim ist zur Symbolfigur jener Österreicher geworden, die den inneren Hitler nicht überwunden haben und nicht überwinden werden.**

Ich glaube daher, Genossinnen und Genossen, daß wir zur Frage Waldheim auf diesem Landesparteitag, es ist ja mit Recht auf die antifaschistische Tradition der Wiener Partei hingewiesen worden, daß wir zur Frage Waldheim eine klare und unmißverständliche Stellung beziehen sollen. Zunächst, Genossinnen und Genossen, muß man diese lügenhafte Darstellung zurückweisen, er ist ja gewählt worden und man hat ihm nichts nachweisen können. Er ist gewählt worden. Er ist gewählt worden in einem Wahlkampf, wo an die niedrigsten antisemitischen Tendenzen appelliert wurde. Aber inzwischen, und das wird einfach ignoriert, inzwischen ist ja Waldheim ein Jahr Präsident, und wir können feststellen, daß seit der Gründung der 2. Republik noch kein österreichischer Staatsmann, geschweige denn ein Präsident, unserem Land solchen Schaden zugefügt hat wie der Herr Kurt Waldheim. Und wenn man sagt, und leider plappern das auch manche, die eigentlich zu uns gehören sollten, nach, wenn man sagt, ja, aber, bitte, es konnte ihm ja nichts nachgewiesen werden, dann möchte ich sagen, es ist Kurt Waldheim bisher nichts nachgewiesen worden, was eine strafrechtliche Verfolgung wegen eines Kriegsverbrechens zum Inhalt hat. **Aber es ist Kurt Waldheim nachgewiesen worden, daß er ein hinterhältiger Lügner ist.** Es ist Kurt Waldheim nachgewiesen worden, daß er seine Beteiligung am Hitlerkrieg, die man meiner Meinung nach niemanden zum Vorwurf machen soll, denn es hat sehr viele Menschen gegeben, die gegen ihren Willen zur Wehrmacht gekommen sind, aber Waldheim hat erklärt, er habe im Hitlerkrieg seine Pflicht erfüllt. Und das ist eine Beleidigung, eine ungeheure Beleidigung aller Opfer des Faschismus. D. h. der Bundespräsident erklärt, es war seine Pflicht, für jenes Regime zu kämpfen, das Auschwitz und die anderen Vernichtungslager errichtet hat. Ich möchte mich jetzt nicht einmischen in die Fragen der Staatspolitik, die hier vom Bundeskanzler behandelt wurden. Ich fühle mich dafür nicht, wie ein Lieblingsausdruck der Österreicher lautet, zuständig. Aber ich glaube, daß völlig unabhängig von dem, was die Koalitionsregierung macht, die Sozialistische Partei, und wir sind ja hier ein Parteitag der SPÖ und keine Regierungsklausur, daß also ein sozialistischer Parteitag das aussprechen sollte, was die große Mehrheit unserer Genossinnen und Genossen denkt und fühlt. **Wir verlangen und wir erwarten den Rücktritt von Kurt Waldheim.**

(Josef Hindels beim Wiener Landesparteitag 1987 der SPÖ.)

(Fortsetzung von Seite 1)

mit den Arabern bereit erklären. Zur Ausrüstung ihrer militärischen Potentiale müßten freilich alle Länder der Region veranlaßt werden.

Das alles liest sich wie eine Utopie, die unter den Bedingungen der Nachkriegszeit am Golf noch weniger verwirklichtbar erscheint als zuvor. Tatsache ist aber, daß der Frieden im Mittleren Osten dauerhaft gemacht werden muß. Dafür sollte kein Einsatz zu hoch sein.

H. W.



SP-Gesetzesinitiative gegen die „Auschwitz-Lüge“

Die Ausgabe der Zeitschrift „HALT“ mit dem skandalösen „Mauthausen-Gas-Betrugsrätsel-Poster“ (siehe „Kämpfer“, Ausgabe 1/2 – 1991) hat dazu geführt, daß der Klub sozialistischer Abgeordneter und Bundesräte auf Initiative von Klubobmann Dr. Willi Fuhrmann einen Entwurf zu einer Novellierung des Strafgesetzbuches eingebracht hat, mit dem das Leugnen und die Rechtfertigung von nationalsozialistischen Verbrechen einer Bestrafung zugeführt werden können soll. Inzwischen haben Innenminister Dr. Löschnak und Justizminister Dr. Michalek Anträgen der SPÖ-Abgeordneten Dr. Schranz, Mag. Brigitte Ederer und Ing. Nedved beantwortet.

SPÖ-Klubobmann Dr. Fuhrmann forderte unmittelbar nach dem Bekanntwerden der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „HALT“, in der in einer besonders auf Jugendliche abgestellten Form – einem „Mauthausen-Gas-Betrugsrätsel-Poster“ – die Massenmorde in den KZs des Naziregimes geleugnet werden, neue gesetzliche Bestimmungen gegen die Verharmlosung und Leugnung der Verbrechen des Naziregimes. Grundsätzlich bemängelte Fuhrmann, daß die Justizbehörden derartige Vergehen nicht mit vollem Einsatz verfolgen: So sind 1988 von 387 Anzeigen 157 eingestellt worden, und nur in sieben Fällen hat es eine Verurteilung gegeben. Der SPÖ-Klubobmann appellierte an den neuen Justizminister, daß er von den staatsanwaltschaftlichen Behörden die Anlegung strengerer Maßstäbe verlangt und sie anweist, diese Dinge nicht zu verschleppen. Nötigenfalls sollte der Justizminister dementsprechende Maßnahmen setzen.

Zur legistischen Situation erläuterte Fuhrmann, daß es in Österreich sehr strenge Regelungen gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung gibt. Wegen des sehr hohen Strafrahmens kommt es aber bei Geschworenenprozessen oder Laienrichterentscheidungen oft zu Freisprüchen. Der SPÖ-Klubobmann bezeichnete daher die Einführung neuer Strafbestimmungen für

die Leugnung und Verharmlosung der Vergasung in den Konzentrationslagern, von Völkermord oder Kriegsverbrechen als sinnvoll. Durch die Schaffung dieses neuen Straftatbestandes mit einem geringeren Strafrahmen käme es auch zu einer Zuständigkeit des Einzelrichters erster Instanz. Inzwischen wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf vom SPÖ-Parlamentsklub eingebracht (siehe Kasten).

Es ist denkbar, daß unter die neuen Bestimmungen auch die Leugnung von Kriegsverbrechen in Marzabotto durch den österreichischen Kriegsverbrecher Reder fällt, sagte Fuhrmann in bezug auf die ungeheuerliche „Maßregelung“ des FPÖ-Abgeordneten Frischenschlager wegen dessen Äußerungen bei einem Besuch in Israel während des Golfkrieges durch FPÖ-Obmann Haider. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Grenzlandjahrbuch und wiederholte einschlägige Verharmlosungen. „Wenn im Grenzlandjahrbuch derartige Verharmlosungen vorgenommen werden, muß auch das dann unter dieses Gesetz fallen“, betonte Klubobmann Fuhrmann.

Im Gegensatz zu SPÖ-Klubobmann Fuhrmann und Justizminister Michalek hält ÖVP-Justizsprecher Dr. Michael Graff die Schaffung neuer NS-Straftatbestände für nicht notwendig. Skandalöse Äußerungen wie die Leug-

kränkt sie waren, und der Herr Waldheim hat sogar kurze Zeit, zwar nur sehr kurze Zeit, den Mut gehabt, er hat ihn bald wieder verloren, deshalb zu klagen. Aber der Bericht der internationalen Historikerkommission, der beweist, daß er noch viel häufiger und noch viel hinterhältiger gelogen hat, als es damals auf dem Wiener Landesparteitag gesagt wurde.

Und deshalb glaube ich, Genossinnen und Genossen, daß es nicht genügt, wenn die Sozialistischen Freiheitskämpfer, die Sozialistische Jugend, sozialistische Organisationen und Landesparteitage aktiv werden, es ist notwendig, daß die Gesamtpartei, die Bundespartei, klar und deutlich spricht: **Herr Waldheim, vergessen Sie nicht auf Ihren Rücktritt.**

(Josef Hindels beim Wiener Landesparteitag 1988 der SPÖ.)

nung von NS-Verbrechen, also etwa die „Auschwitz-Lüge“, fielen eindeutig unter das Verbotsgesetz, meint Graff. Dieses Gesetz müßte nur durch die Beseiti-

Entwurf des Klubs der sozialistischen Abgeordneten im Nationalrat zu einer Novellierung des Strafgesetzes

ANTRAG

der Abgeordneten ...
und Genossen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird
Der Nationalrat wolle beschließen:
Bundesgesetz vom ... mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch-StGB), BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 243/1989, wird wie folgt geändert:

1. § 283 Abs. 2 lautet:

„(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer öffentlich eine der in Abs. 1 bezeichneten Gruppen unter Umständen herabwürdigt, beschimpft, verspottet oder verächtlich zu machen sucht, unter denen sein Verhalten geeignet ist, berechtigtes Ärgernis zu erregen.“

2. Nach § 283 wird ein § 283 a eingefügt, welcher samt Überschrift lautet: „Leugnen und Rechtfertigung von nationalsozialistischen Verbrechen. § 283 a. (1) Wer öffentlich das System des Nationalsozialismus, insbesondere aber die Verbrechen des Nationalsozialismus, leugnet oder zu rechtfertigen sucht, ist mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.
(2) Der Tatbestand des Abs. 1 ist jedenfalls erfüllt, wenn jemand die Tatsachen leugnet, daß in Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes Millionen von Menschen, insbesondere Juden, im Sinne eines Völkermordes planmäßig vernichtet wurden.“

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1991 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Justiz betraut.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag unter Verzicht auf die Erste Lesung dem Justizausschuß zuzuweisen.

(Fortsetzung von Seite 2)

„Ein hinterhältiger Lügner“

Wir haben auf dem letzten Wiener Parteitag, leider nicht einstimmig, aber immerhin mit Mehrheit eine Resolution beschlossen, in der Waldheim aufgefordert wird, zurückzutreten. Aber Genossinnen und Genossen, das ist zuwenig. Denn seit dem letzten Wiener Landesparteitag hat sich etwas ganz Wesentliches geändert. Es liegt jetzt der Bericht der internationalen Historikerkommission, die Waldheim selbst gewünscht hat, vor, und wenn wir uns überlegen, was die Waldheim-Verteidiger aufgeführt haben nach dem letzten Landesparteitag, weil hier davon die Rede war, daß Waldheim ein Lügner, ein hinterhältiger Lügner ist, wie beleidigt, wie ge-

„HALT“: Voruntersuchung ist anhängig

Die neonazistischen Aussagen in der Zeitschrift „HALT“ nahmen die SPÖ-Abgeordneten Dr. Edgar Schranz, Mag. Brigitte Ederer und Ing. Ernst Nedwed zum Anlaß, an den Innen- und den Justizminister entsprechende Anfragen zu richten.

In seiner Antwort teilte Justizminister Dr. Michalek mit, daß die Staatsanwaltschaft Wien von sich aus sofort am 30. Jänner 1991 beim Untersuchungsrichter des Landesgerichts für Strafsachen Wien den Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung gegen den Herausgeber Gerd Honsik wegen des Verbrechens nach § 3g Abs. 1 VerbotsG und anderer Delikte in bezug auf mehrere Artikel in der Zeitschrift „HALT“. Ferner wurde die Erlassung von Hausdurchsuchungsbeehlen und eines Beschlagnahmebeschlusses hinsichtlich der noch zur Verbreitung bestimmten Exemplare gemäß § 36 Abs. 2 MedienG beantragt. Diesen Anträgen der Staatsanwaltschaft Wien wurde vom Untersuchungsrichter des Landesgerichts für Strafsachen Wien entsprochen. Bislang konnten mehrere hundert Exemplare der genannten Zeitschrift sichergestellt werden, heißt es in der mit 25. März 1991 datierten Anfragebeantwortung. Die Voruntersuchung ist anhängig.

„Neonazis vorrangig mit politischen Mitteln entgegnet.“

Die Antwort des Justizministers auf die Fragen 5 bis 8 der SPÖ-Abgeordneten geben wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen im Wortlaut wider:

„Ich gehe zunächst davon aus, daß Erscheinungsformen neonazistischer Betätigung im demokratischen Rechtsstaat vorrangig mit politischen Mitteln und mit Methoden der Meinungsbildung, der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der Pädagogik usw. entgegnet werden muß. Dem Strafrecht kann in diesem Zusammenhang von vornherein nur eine unterstützende Rolle zukommen, wobei in erster Linie Extremfälle erfaßt werden. Diese Rolle vermag die geltende Rechtslage

(Fortsetzung von Seite 3)

der hohen Strafuntergrenze „praktikabel“ gemacht werden. ÖVP-Klubobmann Dr. Heinrich Neisser, der selbst in Versammlungen schon Bekanntheit mit der „Auschwitz-Lüge“ gemacht hat, ließ in einer Pressekonferenz erkennen, daß Michael Graffs Meinung zu diesem Problem nicht die seine ist.

an sich angemessen auszufüllen. Bei der Vollziehung der einschlägigen Bestimmungen ergeben sich allerdings in Einzelfällen Probleme, die es fraglich erscheinen lassen, ob den Zielvorstellungen des Gesetzgebers in der Praxis stets in vollem Umfang entsprochen wird. Ich halte daher eine Überprüfung und allfällige Ergänzung des bestehenden strafrechtlichen Instrumentariums im Sinne der in der letzten Zeit geführten öffentlichen Diskussion für zweckmäßig. Welche Änderungen im Detail in Betracht kommen, bedarf freilich noch sorgfältiger Überlegung.

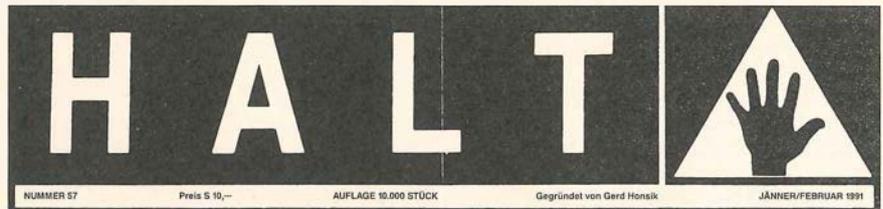
Im Rahmen der Neuregelung der staatsanwaltschaftlichen Berichtspflichten sind die Staatsanwaltschaften mit Erlaß vom 14. Jänner 1987 (JABI 6/87) angewiesen worden, unter anderem

der in der SPÖ-Anfrage erwähnten politischen Partei mit dem Namen „Volksbewegung“ hervor, daß 1982 beim Innenministerium unter Berufung auf das Par-

„Volksbewegung“ ist keine politische Partei

teigesetz eine Satzung der „Volksbewegung“ hinterlegt wurde. Im Sinne der Jurisdikatur des Verfassungsgerichtshofs zu den Bestimmungen des § 1 des Parteiengesetzes wurde jedoch für den Wirkungsbereich des Innenministeriums die Feststellung getroffen, daß die Gründung einer politischen Partei „Volksbewegung“ nach dem Inhalt der Satzung bundesverfassungsgesetzlich-

DEM DEUTSCHEN VOLKE VERPFLICHTET



DER JUDAS VON RINN: SANCTUS ZUM VÖLKERMORD! STECHER PAKTIERT MIT DEN LOGENBRÜDERN! EIN VOLKVERGESSENER BISCHOF VERSCHACHERT SEINE HERDE!

Wäre ich Österreich und es würde mir nichts die Bundesregierung begegnen, ich würde laufen und um Hilfe schreien. Denn ihr Ziel ist der Tod. Die Herren und Damen haben sich bisher redlich bemüht, die Situation der Familien materiell zu verschlechtern und damit die Ausmerzungen der Österreicher zu bewirken. Galloptierende Mieten, Überzinswucherer

und volkvergesseener Politik der Amtskirche in Österreich eingeleitet. Seine machiavellische Machtpolitik erinnert in widerwärtiger Weise an die Päpste der Inquisition, seine von der Presse oft als „mutig“ bejubelten Ansprachen waren nichts als feige Unterwerfung unter den Zeitgeist. Mit Engelzungen redend, verbrüderete er sich mit den millionenfachen Engelmachern unserer Zeit. Der



Der Einbürgerungs-Bischof mit den rassistischen, jüdischen Logenbrüdern in ausgelassener Zuversicht während der Ordensverleihung

Hetzblatt „HALT“: 3000 Schilling Geldstrafe für Herausgeber Gerd Honsik.

auch über jede Strafsache nach dem Verbotsgesetz sowie wegen des Vergehens der Verhetzung nach § 283 StGB dem Bundesministerium für Justiz zu berichten. Damit war und ist österreichweit eine einheitliche gesetzeskonforme Anwendung dieser Gesetzesbestimmungen durch die Staatsanwaltschaften gewährleistet.

Soweit in Verfahren, denen neonazistische Aktivitäten zugrunde liegen, Verzögerungen bekanntgeworden sind, hat das Bundesministerium für Justiz schon bisher die entsprechenden aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ergriffen.“ (Zahl 7027/1-Pr 1/91 vom 25. März 1991.)

Aus der Anfragebeantwortung von Innenminister Löschnak geht hinsichtlich

chen Bestimmungen zuwidergelaufen wäre und daher die „Volksbewegung“ durch die Satzungshinterlegung nicht Rechtspersönlichkeit als politische Partei erlangte. „Da es nach Auffassung meines Ressorts kein Rechtssubjekt politische Partei ‚Volksbewegung‘ gibt, sind für Gesetzesverletzungen, die unter dem Namen dieser Gruppierungen begangen werden, jeweils die dafür verantwortlichen Personen zu belangen. Die Bundespolizeidirektion Wien hat über den im Impressum der ‚Halt‘-Nummer 57 als Vorsitzenden der ‚Volksbewegung‘ angeführten Gerd Honsik mit Strafverfügung gem. § 27/1 iVm § 24 Mediengesetz eine Geldstrafe von S 3.000,- verhängt.“ (Zahl 6.399/266-II/C/91 vom 27. März 1991.)



Neonazi-Verleger Zündel verhaftet

Mit Perücke und falschem Bart wollte der auch in unserem Lande sattem bekannte Rechtsextremist Ernst Zündel aus Toronto an einem internationalen Neonazitreffen in München teilnehmen. Die deutsche Kriminalpolizei stellte Zündel in Lehel, wo er bei einer Gesinnungsgenossin Unterschlupf gefunden hat. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 1. April 1991 darüber: *Zündel wird in dem Strafbefehl Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß vorgeworfen. Er soll von Toronto in Kanada aus Flugblätter und die Kassetten von fünf verschiedenen Video-Filmen an Adressaten in der Bundesrepublik geschickt haben. Die Pamphlete und die Video-Streifen hatten alle denselben Tenor: Antisemitische Hetze, die in der Lüge gipfelte, daß es in Auschwitz keine Morde gegeben habe.*

Der Verurteilte, der zur Zeit in Stadelheim sitzt, hat die Möglichkeit, gegen den Strafbefehl Einspruch beim Amtsgericht München einzulegen, das dann den Fall in einem öffentlichen Prozeß aufrollen muß. Wie Oberstaatsanwalt Heinz Stocker auf Nachfrage bestätigte, kann Zündel allerdings auf eine Haftentlassung hoffen, wenn er die Gerichtsentscheidung annimmt und die festgesetzte Strafe bezahlt. Wegen der geschichtsfälschenden Behauptung, daß es in Auschwitz keine Gaskammern gegeben habe, ist bereits im vergangenen Dezember ein neonazistischer Schriftsteller vom Landesgericht München I zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden. Ernst Zündel versucht ständig, über seinen sogenannten „Samisdat-Verlag“, aus Toronto üble antisemitische und neonazistische Pamphlete zu vertreiben.

Ausländerhetze in Favoriten

Dr. Bruno Haas, seines Zeichens langjähriger „Bundesführer“ der rechtsextremen Organisation „Aktion Neue Rechte“ und Mitglied des Beirates der Bundesparteileitung der NDP, referierte am 1. März 1991 in einem Restaurant in Favoriten über das Thema: „Müssen unsere Kinder Türkisch lernen?“ Zu dieser §-2-Versammlung hatte eine so-

genannte Bürgerinitiative „Nein zur Ausländerflut“ aus dem 10. Bezirk und Umkreis eingeladen. Gerade in einem Bezirk, der durch die Zuwanderung von Ausländern, vor allem tschechischer Arbeiterinnen und Arbeiter – wie ja jeder wissen müßte – sein Gepräge und seinen Charakter erfuhrt!

Synagoge in Australien in Brand gesteckt

In der australischen Hauptstadt Sydney ist eine Synagoge durch Brandstiftung schwer beschädigt worden. Menschen kamen jedoch nicht zu Schaden. Das wurde aus Polizeikreisen in Sydney bekannt. Seit dem 26. Jänner 1991 seien in Australien sieben Synagogen in Brand gesteckt worden, berichtete die jüdische Gemeinschaft. Außerdem

seien auch ein jüdisches Kriegsdenkmal angezündet sowie Eigentum von jüdischen Bürgern beschädigt worden. Es sei „die schlimmste antisemitische Kampagne“, die Australien je erlebt habe. Von den 16,5 Millionen Einwohnern Australiens sind rund 62.000 Juden.

(Süddeutsche Zeitung, 30./31. März 1991.)

Neue politische Bücher

Unter dem Titel „**Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung**“ fand am 15. Mai 1990 in Wien eine Tagung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und der Gesellschaft für politische Aufklärung statt. Die Veranstalter haben nun das Protokoll dieser Tagung in Form einer Broschüre herausgegeben. Die darin abgedruckten Diskussionsbeiträge, vor allem von Dr. Heinrich Keller und Dr. Heinrich Neisser, sind dem besseren Verständnis der jetzt laufenden Diskussion über die Gesetze gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung

dienlich. Die Broschüre enthält auch den SPÖ-Gesetzesvorschlag, der auch in dieser Ausgabe des „Kämpfer“ abgedruckt ist, samt erläuternden Bemerkungen.

✱

Österreich sieht sich seit dem Abbau des „Eisernen Vorhangs“ mit einer wachsenden Zahl von Ausländern konfrontiert, die entweder durch unser Land durchreisen oder sich hier ansiedeln wollen. „**Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit**“ sind die Folge dieser Entwicklung, und so lautet auch der Titel einer vom Dr.-Karl-Renner-Institut herausgegebenen Broschüre, die „**Gegenargumente**“ gegen herkömmliche Vorurteile anbietet. Ahmad Bari, Josef F. Bucek und Waltraud Mayer haben

Gedenkfahrt nach Deutschland

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus führt vom **2. bis 9. Juni 1991** eine Gedenkfahrt nach Deutschland mit folgendem Programm durch:

Sonntag, 2. Juni: Wien–Regensburg–Nürnberg (Mittagspause) – Coburg – Unterbringung im Hotel „Goldener Anker“ – Abendessen – Nächtigung.

Montag, 3. Juni: Tag zur freien Verfügung (Möglichkeit zur Burgbesichtigung).

Dienstag, 4. Juni: Fahrt nach Dresden – Stadtbesichtigung mit Fremdenführer – Nachmittag Rückfahrt nach Coburg.

Mittwoch, 5. Juni: Fahrt nach Weimar – Besuch der Gedenkstätte Buchenwald – anschließend Stadtbesichtigung in Weimar.

Donnerstag, 6. Juni: Fahrt nach Gotha – Besichtigung der Gedenkstätte „Gothaer Parteitag 1875“ – Rückfahrt nach Coburg.

Freitag, 7. Juni: Fahrt nach Leipzig – Stadtbesichtigung – Nachmittag Rückfahrt nach Coburg. Alternative für diesen Tag: Fahrt nach Eisenach – Besichtigung der Wartburg.

Samstag, 8. Juni: Fahrt nach Flossenbürg – Besichtigung der Gedenkstätte – zurück nach Coburg.

Sonntag, 9. Juni: Fahrt nach München – Besuch der Gedenkstätte Dachau – Weiterfahrt nach Wien.

Die Fahrtkosten für diese Gedenkfahrt auf Basis Halbpension in Zweibettzimmern plus Straßenmaut und Führungen betragen 6.350 Schilling (Einbettzimmerzuschlag: 1.100 Schilling). Anmeldungen im Sekretariat des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 534 27/278 Durchwahl.

sich der Mühe unterzogen, insgesamt 20 gängige Vorurteile zu überprüfen und ihnen die Tatsachen, vielfach mit Tabellen und Graphiken anschaulich dargestellt, gegenüberzustellen. Das reicht von „Ohne Ausländer hätten wir weniger Arbeitslose“, über „Den Ausländern geht's eh gut bei uns“ bis zu „Die Ausländer sind aggressiv und kriminell“ und „Den Flüchtlingen geht's besser als mir“. Ein nützliches Hilfswerk für das

→

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet: *Herbert Exenberger, Willy Krula, Leo Lesjak, Hans Waschek.*

(Fortsetzung von Seite 5)

tägliche Gespräch mit den lieben Mitbürgern und vielleicht auch für die eigene Weiterbildung.

*

Am 14. Jänner 1990 starb nach langer schwerer Krankheit unser Genosse Herbert Tieber im Alter von 47 Jahren. Er war ein Vordenker unserer Bewegung, er war der Motor der großen Parteidiskussion „Perspektiven 90“, mit der die Grundlagen zu dem Manifest „Sozialdemokratie 2000“ gelegt wurden. Er stieß als Student zur sozialistischen Bewegung, wurde Funktionär des VSSÖ und der Jungen Generation in der SPÖ. Er schloß sein Studium an der Universität Innsbruck als Diplomvolkswirt ab, wurde Landespartei sekretär der SPÖ Tirol, später Sekretär von Handelsminister Staribacher, Sekretär des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft. Von 1983 bis 1986 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Eine Auswahl seiner Reden und Schriften ist nun unter dem Titel **„Die Realität der Utopie“** im Löcker Verlag (Wien 1991, 254 Seiten, 240 Schilling) erschienen. Herausgeber des lesenswerten Buches, das die Größe des Verlustes verdeutlicht, den die SPÖ mit dem Tod von Herbert Tieber erlitten hat, sind sein Sohn Claus sowie Heinz Kommenda und Albrecht K. Konecny. Der Band enthält auch Beiträge von Franz Vranitzky und Heinz Fischer.

*

Krieg ist eine zu ernste Sache ...

Unter diesem Titel brachte der „Kämpfer“ Jänner/Februar 1991 einen Artikel, in dem es im Schlußsatz heißt: „Aber der Friede ist wohl auch eine zu ernste Sache, als daß man ihn emotional fixierten Zeitgenossen, die sich für Pazifisten halten, allein überlassen dürfte.“ Im guten Glauben haben viele, vor allem Kriegsgegner und junge Menschen, gegen den Krieg in der Golfregion Stellung genommen, protestiert und demonstriert. Sie waren der Meinung, jeder auch noch so faule Kompromiß oder politische Gesichtverlust wäre besser gewesen. Auch die Entschließung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer gehört in diese Kategorie der Kriegsgegner. Ohne auf die Problematik des Golfkrieges einzugehen, bedauere ich es, daß es heute noch möglich war, diesen furchtbarsten aller Kriege der Menschheit zu inszenieren. Ich und mit mir Millionen Sozialisten in allen Ländern haben nach dem Ersten Weltkrieg gesungen: „Nie, nie wollen wir Waffen tragen, nie, nie wollen wir wieder Krieg.“ Was hat uns das aber ge-

Freiheitskämpfer und Parteireform



Blick auf das Präsidium der Vorstandssitzung vom 23. Februar (v. r. n. l.): Erna Musik, Leo Mistinger, Walter Faderny, Hans Mayr, Karl Schlögl.

(Fotos: Hans Waschek)

Am 23. Februar 1991 fand im Haus der Begegnung in Wien-Rudolfsheim eine ganztägige Vorstandssitzung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt, die dem Thema der Parteireform gewidmet war. Landespartei vorsitzender Vizebürgermeister Hans Mayr begrüßte die Teilnehmer an dieser Sitzung. Grußworte richteten auch Bezirkspartei vorsitzender Ernst Outolny und Abg. Ing.

Ernst Nedwed an die Anwesenden. Das Referat zum Thema der Tagung hielt dann Bundesrat Karl Schlögl, der im Zentralsekretariat der SPÖ als leitender Sekretär tätig ist. Er versicherte in seinen Ausführungen, daß nicht daran gedacht ist, von traditionsreichen Begriffen, wie „Freundschaft“ oder „Genosse“ abzugehen. Allerdings müsse die Parteiorganisation den modernen Gegebenheiten angepaßt werden. Dem Referat folgte eine angeregte Diskussion.



Genosse Karl Schlögl am Rednerpult bei seinem Referat über die Parteireform.

nützt. Adolf Hitler wollte Krieg. „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“, war sein Schlachtruf. In München wollten ihn Daladier und Chamberlain befrieden. Damals ver-

paßte die Welt die Chance, einem skrupellosen Diktator Einhalt zu gebieten. Churchill hatte schon damals richtig erkannt, daß ein kriegslüsterner Diktator

→



Im Rahmen einer Koloman Wallisch-Gedenkfeier, die am 19. Februar 1991 im Eduard-Schwarz-Haus in Bruck an der Mur stattfand, sprach die Autorin einer politischen Wallisch-Biographie, die ungarische Historikerin Dr. Katalin Soos, über die Tätigkeit Wallischs in Ungarn. Katalin Soos, die für ihr Wallisch-Buch 1984 mit dem Victor-Adler-Staatspreis des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ausgezeichnet wurde, arbeitet an der Universität von Szeged. Die Gedenkfeier wurde namens der sozialistischen Freiheitskämpfer der Obersteiermark und des Dr.-Karl-Renner-Instituts der Steiermark von Genossen Franz Zechner eröffnet. Er konnte als Gäste, neben der Referentin, die Abgeordneten zum Nationalrat Anni Huber, den Bürgermeister Gottfried Grandl mit den Mitgliedern des Stadtrates und Gemeinderates sowie die Großnichte von Paula Wallisch, Dr. Eva Reich aus Graz, begrüßen. Genosse Zechner erinnerte an das Wort des italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti: „Jedes Volk muß sich seine Freiheit erobern. Wenn es dies nicht kann, bedeutet es, daß es ihrer nicht würdig ist. Verteidigt in jedem Falle eure Freiheit. Die Freiheit ist wie das Brot, die

(Fortsetzung von Seite 6)

mit Waffengewalt gestoppt werden muß.

Saddam Hussein ist ein zweiter Hitler. Er wollte seine Vorherrschaft über die arabische Welt verwirklichen und die größten Ölvorräte der Welt erobern. Damit hätte er die Atombombe und damit eine noch gefährlichere Macht als jetzt in die Hand bekommen. Nach dem Einmarsch Husseins in Kuwait hat die Welt die bittere Lektion verstanden, die ihr durch München erteilt wurde. Beim Golfkrieg ging es darum, daß die USA und die Alliierten das UNO-Ultimatum mit Waffengewalt entschlossen durchsetzen wollten. Es gibt ein sehr weises Sprichwort: „Lieber tot als Sklav.“

Hätte die freie Welt vor über 50 Jahren mehr Mut und Voraussicht gezeigt, wäre es aller Wahrscheinlichkeit nicht zum Zweiten Weltkrieg gekommen, der Dutzende Millionen Tote, viel Leid, Not sowie Umsiedlungen gebracht hat. Anschließend mußte Europa aus Trümmern, Schutt und Asche wiederaufgebaut werden.

Um diese erschreckende Tatsache ging es in der Hauptsache in diesem Krieg am Golf.

Ich kann daher der eingangs zitierten Feststellung aus voller Überzeugung zustimmen.

Der Golfkrieg war ein furchtbares Unglück, aber er war für die freie Welt unvermeidlich, um einen weit schrecklicheren Krieg in einigen Jahren zu verhindern.

Daher war auch die Sorge für die Kinder und Mütter der ganzen Welt gut gemeint, aber ein Trugschluß.

Fritz Robak, Steinbrunn

Gedenken an Koloman Wallisch



Luft, das Wasser. Man schätzt sie erst voll an dem Tage, an dem man sie verloren hat.“ Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten, sagte Zechner. Wir können verzeihen, aber nicht vergessen.

An der Gedenktafel im kreisgerichtlichen Gefangenenhaus in Leoben wurde am 19. Februar 1991 ein Kranz zur Erinnerung an Koloman Wallisch niederge-

legt, der hier vor 57 Jahren hingerichtet wurde. Koloman Wallisch war am 28. Februar 1889 in Lugosch im Banat geboren worden, war 13 Jahre lang Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei in Bruck an der Mur, Gemeinderat dieser Stadt, dann Landtagsabgeordneter und zuletzt, von Ende 1930 bis zu seinem Tod, Abgeordneter zum Nationalrat.

Ehrung für Herbert Exenberger



Herbert Exenberger

Am 4. April 1991 wurde zum ersten Mal der Helga-und-Willy-Verkauf-Verlon-Preis des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes für österreichische antifaschistische Publizistiken verliehen. Mit dem Preis wurde unser Freund Herbert Exenberger ausgezeichnet.

Genosse Exenberger ist seit 1970 im Dokumentationsarchiv tätig, wo er die Bibliothek auf- und ausbaute. Seine zahlreichen Publikationen reichen von der Simmeringer Lokalgeschichte über die Februarkämpfe 1934, die Widerstandskämpfer von E- und Gaswerk bis zu Forschungen über österreichische Arbeiterliteratur, Geschichte der Arbeiterbildung und den Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Sein antifaschistischer Stadtführer von Wien, von dem bereits zwei Auflagen vergriffen sind, ist auch in englischer Sprache erschienen. Seit Jahren versorgt Genosse Exenberger den „Sozialistischen Kämpfer“ mit „Nachrichten von rechts“, seit 1990 ist er auch stellvertretender Obmann der Landesgruppe Wien des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer.

Die Laudatio für Herbert Exenberger hielt der wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs, Dr. Wolfgang Neugebauer, der Werdegang und schriftstellerische Leistung des Geehrten hervorhob. Neugebauer betonte, daß Exenbergers Arbeiten von seiner Grundhaltung als demokratischer Sozialist und von humanistischem und demokratischem Geist erfüllt sind. Er würdigte Exenbergers Verdienste als Bibliothekar im DÖW, als Organisator von





DVR: 0029106(668) 0908608
HERRN

KARL KAEFER
DARINGERG. 12-20/27/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

kleineren und größeren Ausstellungen und als wunderbarer Kollege, der mit allen Mitarbeiter/inne/n auskommt, so daß es kein Zufall sei, daß er von Anfang an zum Betriebsrat und Betriebsratsobmann gewählt wurde.

Der Stifter des Preises, Willy Verkauf, der unter dem Künstlernamen André Verlon bekannt wurde, ist 1917 auf die Welt gekommen und in Wien aufgewachsen. Er erfuhr eine frühe sozialistisch-marxistische Bildung, die ihn für sein Leben prägte. 1933 emigrierte er mit seinen Eltern nach Palästina, von wo er bald seine ersten Berichte über die dortige politische Lage für deutsche Zeitungen in Prag schrieb. Wegen seiner Mitarbeit an zwei in Moskau erscheinenden Zeitschriften wurde Verkauf 1939 verhaftet. Nach der Entlassung 1940 begann er seine Verlegertätigkeit und wurde Generalsekretär der Freien Österreichischen Bewegung im Nahen Osten. 1945 nach Wien zurückgekehrt, arbeitete Verkauf als Verleger, Buch- und Kunsthändler. Die Enttäuschung über die Nachkriegsentwicklung führten ihn und seine Frau Hanna Lipschitz in die Schweiz, nach Israel und Frankreich. Nach intensiver Beschäftigung mit der Kunstform des Dadaismus wandte sich Verkauf der bildenden Kunst zu und schuf eine Reihe von Collagen mit gesellschafts- und kulturkritischem Inhalt. Seit 1972 lebt Verkauf wieder in Wien.

Niederösterreich

Zum Jahresende 1990 hielt der Landesverband Niederösterreich seine Abschlussitzung ab. Der stellvertretende Landesobmann Ewald Deutsch konnte auch einige Gäste, darunter auch den Präsidenten des Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung, NR-Abgeordneten a. D. Fritz Marsch, begrüßen. Im Mittelpunkt der Sitzung stand das Referat des Bundesrates Karl Schögl über die Parteireform.

Nach diesem Referat wurden aus Anlaß runder Geburtstage verdiente Mitarbeiter geehrt.



St. Pölten – Funktionäre des Landesverbandes Niederösterreich und der Bezirksgruppe St. Pölten ehrten den langjährigen Bezirksgruppenobmann Anton GUTLEDERER (Bildmitte) der aus Altersgründen zurücktrat. Zum neuen Bezirksobmann wurde Egon MAYER (1. Reihe, 2. v. l.) gewählt. (Foto: Käfer)

Alfred Ströer (70) als Gewerkschafter im Widerstand

Für Alfred Ströer hielt einer seiner besten Freunde, Dr. Franz Danimann, die Laudatio. Er schilderte dessen Werdegang. (Siehe „Kämpfer“, Folge 10/12, 1990). Sodann dankte der Vorsitzende des Bundes, Abg. z. NR a. D. Leo Mistinger, dem Jubilar für seinen Einsatz in unserer Bewegung und überreichte ihm die Otto-Bauer-Plakette. Alfred Ströer gehört u. a. sowohl dem nö. Landesverband als auch dem Bundesvorstand der Freiheitskämpfer an und vertritt die Interessen des Bundes in anderen Organisationen.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 20. Mai 1991.

Zunächst dankte Landesobmannstellvertreter Walter Faderny

Grete Flieger (70),

der Witwe nach dem Februarkämpfer und späteren SPÖ-Sekretär Stefan Flieger, für ihren Einsatz im Dienst unserer Bewegung. Im Laufe der letzten 25 Jahre übte sie verschiedene Funktionen bei den Freiheitskämpfern im Bezirk Waidhofen a. d. Thaya und im Landesverband Niederösterreich aus.

Anton Gutleiderer (80),

Organisationsleiter der Roten Hilfe,

war schon in jungen Jahren Funktionär der Freien Gewerkschaften, der Jungfront und des Schutzbundes und setzte seine Tätigkeit nach 1934 in der Illegalität unbeirrt fort. Als Organisationsleiter der Roten Hilfe, vorerst für den Bezirk St. Pölten und später für alle Bundesländer, hatte er eine wichtige Funktion inne. Während der Zeit des Faschismus wurde er insgesamt 15mal verhaftet und war im Polizeigefängnis und Kreisgefängnis von St. Pölten sowie im Polizeige-

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien. – Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.